

# Der Freisinn



5803  
F M ✓

Nr. 12  
Dezember 1981  
3. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

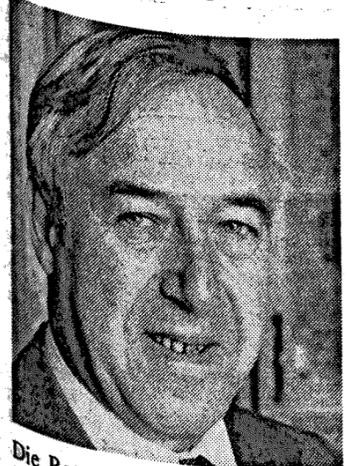
Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Untersuchung soll mehr Transparenz vermitteln

## Entwicklungspolitische Zielkonflikte

Die schweizerische Entwicklungshilfe orientiert sich primär nach humanitären Gesichtspunkten. Nicht zu verleugnen ist jedoch, dass auch aussenpolitische und wirtschaftliche Kriterien eine Rolle spielen. Der Tessiner Standesherr Luigi Generali hat den Bundesrat in einem Postulat aufgefordert, die volkswirtschaftlichen Folgen der Entwicklungszusammenarbeit für die schweizerische Wirtschaft zu erheben. Nachstehend ein Auszug aus der Begründung dieses Vorstosses.



Sinne verfolgt, dass durch die Hilfe kurzfristig ein wirtschaftlicher Nutzen für unser Land erzielt werden könnte. Indirekt und auf lange Sicht jedoch kann uns die Entwicklungshilfe wirtschaftliche Vorteile bringen, ist doch unser an Rohstoffen armes, in äusserst starkem Masse mit der Weltwirtschaft verknüpft und von dieser abhängiges Land in mannigfacher Hinsicht daran interessiert, dass die Gräben zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern überwunden werden können.

Sehr oft — wir erinnern uns noch sehr gut an die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Abstimmung über den IDA-Kredit — ist die Rede von einem grundsätzlichen Zielkonflikt zwischen einer Entwicklungspolitik zugunsten der Aermsten in den Entwicklungsländern und der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik, die primär im Dienst der Interessen der Schweiz steht.

### Unterschiedliche Motive und Zielsetzungen.

Botschafter Jacobi führte in einem Vortrag kürzlich aus: «Entwicklungszusammenarbeit ist eine umfassende Disziplin, der verschiedene Motive und Zielsetzungen zugrunde liegen, die mannig-

fache Formen annehmen kann und an der sehr verschiedene Partner auf beiden Seiten beteiligt sind. Die Motive und Zielsetzungen der Entwicklungszusammenarbeit sind einmal humanitärer, dann aussenpolitischer und schliesslich wirtschaftlicher Natur. Diese drei Beweggründe und Ziele sind miteinander verbunden, und oft ergänzen sie sich gegenseitig.»

Die Schweiz hat gewiss ein grosses Interesse, die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Entwicklungsländern auszubauen, sowohl mit denjenigen, mit welchen diese Beziehungen bereits intensiv sind, als auch mit den anderen, deren ökonomische Lage noch keine bedeutenden äusseren wirtschaftlichen Beziehungen ermöglicht. Diese werden sich jedoch mit der Zeit so in die Weltwirtschaft eingliedern können, dass auch sie als Partner für die schweizerische Wirtschaft an Bedeutung gewinnen.

### Bilanz fehlt

Es geht um die Aufstellung einer quantitativen Bilanz, aus der die stimulierenden Effekte der Beziehungen zu den Entwicklungsländern auf die schweizerische Wirtschaft hervorgehen sollen. Im Jahre 1978 stellte der Bundesrat fest: «Es dürften in der Schweiz mehr als 100 000 Arbeitsplätze vom Export in die Entwicklungsländer abhängen.» Daneben gibt es aber noch andere wichtige volkswirtschaftliche Faktoren, die zeigen, wie gross die Verflechtung der schweizerischen Wirtschaft mit jener der Entwicklungsländer ist (Handelsverkehr, Dienstleistungssektor, Investitionen, öffentlicher und privater Kapitalverkehr usw.).

Es ist uns dabei durchaus bewusst, dass eine genaue zahlenmässige Erfassung der Beziehungen zwischen der schweizerischen Wirtschaft und jener der Entwicklungsländer Schwierigkeiten bietet. Dennoch könnte die beantragte Untersuchung wertvolle Anhaltspunkte über die Auswirkungen der öffentlichen Entwicklungshilfe auf die schweizerische Wirtschaft zeitigen und dazu verhelfen, die von verschiedenen Seiten erwähnten Informationsmängel und -lücken auszufüllen und die Skepsis gegenüber der Entwicklungshilfe wenn nicht zu beseitigen, so doch in vermehrtem Masse zu relativieren.

Das von Ständerat Generali (FDP, TI) eingereichte Postulat hat folgenden Wortlaut: «Unsere Entwicklungshilfe hat, neben humanitären und aussenpolitischen Beweggründen, auch Auswirkungen auf unsere eigene Wirtschaft. Man darf annehmen, dass ein beträchtlicher Teil der Ausgaben für die Entwicklungshilfe zurückfliesst, teils direkt und sofort, teils indirekt auf Umwegen und mit Verzögerung. Die Entwicklungshilfe sichert der schweizerischen Wirtschaft Arbeitsplätze auch im Inland. Der Bundesrat wird ersucht, durch eine Untersuchung und anhand von statistischen Erhebungen einen Bericht zu erstatten über die volkswirtschaftlichen Folgen der Entwicklungshilfe für die schweizerische Wirtschaft.»

Zum Zwischenbericht über die Regierungsrichtlinien

## Kräfte nicht verzetteln!

Eingehend setzten sich sowohl die FDP der Schweiz wie auch die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung mit dem Zwischenbericht des Bundesrates über die Richtlinien der Regierungspolitik für die laufende Legislaturperiode auseinander. Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Aarau, fasst die Haltung von Partei und Fraktion zusammen:

Wir Freisinnigen finden den bundesrätlichen Zwischenbericht aufschlussreich und wertvoll, stehen ihm indessen kritisch gegenüber, weil das Programm für die nächsten zwei Jahre überladen ist und zu viele Prioritäten enthält, aber auch, weil es auf verschiedene neue Steuern abgestützt wird, zu denen Parlament und Volk zuerst noch Ja sagen müssen.

Die Zahl der Geschäfte muss verkleinert, nicht vergössert werden. Priorität geniessen für die nächsten zwei Jahre solche wie die Teuerungsbekämpfung, die Sanierung des Bundeshaushaltes, aber auch das Einschlagen einer ruhigeren Gangart in der gesamten Staatstätigkeit.

### Die Teuerung

trifft uns alle, Bund, Kantone, Gemeinden, auch die Wirtschaft und jeden Einzelnen. Darum müssen wir sie wirksam bekämpfen. Vor allem liegt es am Bundesrat und an der Nationalbank, die bestehenden währungs- und konjunkturellen Möglichkeiten auszunutzen. Wir alle können durch unser Konsumverhalten ebenfalls zur Bekämpfung beitragen.

### Der Sanierung des Bundeshaushaltes

kommt vorrangige Bedeutung zu. Eine Gesundung der Bundesfinanzen trägt viel zur Inflationsbekämpfung bei. Die Verflachung des Ausgabenwachstums, ein bekanntes freisinniges Postulat, ist erste und unumgängliche Voraussetzung. Darum fordern wir als nächsten Schritt die rasche Vorlage des Anschlussprogramms zu den befristeten Sparmassnahmen. Auch das längst erwartete Subventionsgesetz gehört zu den vorrangigen Massnahmen. Danach sind auch wir bereit, über weitere Bundeseinnahmen zu diskutieren, um eine dauerhafte Sanierung des Bundeshaushaltes zu bewerkstelligen. Bei neuen Steuern ist aber ein behutsames und etappenweises Vorgehen angezeigt, dies aus steuer- und aus abstimmungspolitischen Gründen.

### Eine ruhigere Gangart bei der gesamten Staatstätigkeit

ist unbedingt erforderlich. Die heisslaufende Gesetzesmaschine muss verlangsamt werden. Nötiges ist von bloss Wünschbarem zu unterscheiden. Auf Seite 5 des Zwischenberichtes schreibt der

Bundesrat wörtlich: «Es sind jedoch noch weitere Abstriche am Aufgabenkatalog notwendig, welche merklich spürbarere Auswirkungen zeitigen werden, als dies bisher der Fall war.» Dieser reali-

### Konzentration auf das Wesentliche

#### FDP-Fraktion zum Regierungsrichtlinien-Zwischenbericht

Kritische Reaktionen löste der Zwischenbericht des Bundesrates über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1979—83 in der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung aus. Bemängelt wurde vorab, dass er wiederum zu ambitiös ausgefallen ist und die für die zweite Hälfte der Legislatur vorgesehene quantitative Ausweitung im Widerspruch zur Forderung nach einer Konzentration der Kräfte steht. Die Fraktion erwartet deshalb, dass in der gesamten Staatstätigkeit eine ruhigere Gangart eingeschlagen wird. Priorität geniessen zudem für sie die Bekämpfung der Inflation sowie Massnahmen zum Ausgleich des Bundeshaushaltes.

stischen Erkenntnis lässt der Bundesrat aber keine Taten folgen. Sein überladenes Programm steht in krassem Widerspruch dazu. Wir müssen unsere Kräfte nicht verzetteln, sondern auf das Wichtigste konzentrieren.

Die Botschaften des Bundesrates über die Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern geben immer Anlass, die Haltung der Schweiz unter mannigfaltigen Aspekten zu analysieren. Je nach Standpunkt werden die aufgeworfenen Fragen unterschiedlich beantwortet, und es werden ganz verschiedene und teilweise entgegengesetzte Schlussfolgerungen gezogen.

### Hilfe für wen?

Die Schweiz hat von Anfang an mit der Entwicklungshilfe keine wirtschaftlichen Ziele in dem



Vizepräsident der Landesregierung für 1982: Bundesrat Pierre Aubert. Seiner Nominierung in der SP-Fraktion gingen einige Ränkespiele voraus, bei denen sich vor allem SP-Präsident Hubacher zu «profilieren» wusste. — Bildbericht über Bundespräsident Dr. Fritz Honegger auf Seite 5!

**Sparen?  
Dann zur  
SKA.**



### Jetzt Prioritäten setzen

Die FDP zur Abstimmung über die Weiterführung der Bundesfinanzordnung

Erwartungsgemäss mit wenig Begeisterung haben — wie die FDP nach dem letzten Urnengang feststellte — Volk und Stände am Wochenende der Weiterführung der Bundesfinanzordnung beigeigepflichtet. Die Skepsis und Apathie gegenüber der Vorlage kommt auch in der niederen Stimmbeteiligung zum Ausdruck. Wenn eine zustimmende Mehrheit gefunden werden konnte, ist dies nach Ansicht der FDP darauf zurückzuführen, dass der Abstimmungsentwurf nicht das ursprünglich vom Bundesrat anvisierte überrissene Ausmass annahm. Mit der von der FDP geforderten Reduktion der geplanten Anpassung der Warenumsatzsteuersätze und der ebenfalls auf freisinnige Bemühungen zurückzuführende Entlastung der Steuerzahler bei der direkten Bundessteuer konnte dem Souverän eine Vorlage präsentiert werden, die die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestehen in der Volksabstimmung in sich vereinigte.

Nach Auffassung der FDP geht es nun darum, die weiteren Schritte einzuleiten, um in realistischen Etappen einen Ausgleich

des Bundeshaushaltes herbeizuführen. Priorität geniessen für die Partei weiterhin sämtliche Bemühungen zu einer Ausgabenstabilisierung. So rasch als möglich ist das geforderte Anschlussprogramm zum letzten Sparpaket vorzulegen. Ebenso ist ein Subventionsgesetz zu präsentieren, wie es von freisinniger Seite seit Jahren verlangt wird. Zurückhaltung ist mit neuen Steuern zu üben. Bei den zahlreich bestehenden Mehreinnahmenplänen kann nur ein Vorgehen in Etappen und kleinen Schritten in Frage kommen, wenn das steuerpolitische Klima nicht unnötig belastet werden soll.

Die FDP ist damit einverstanden, dass pendente Steuerprojekte im Rahmen der entsprechenden Gesamtkonzeption für Verkehr und Energie weiterdiskutiert und die Frage der Zweckbindung des Treibstoffzolls in erster Priorität geklärt wird. Auch ist sie bereit, zu gegebener Zeit das Begehren nach Einführung einer Autobahnvignette dem Souverän zu unterbreiten, wenn auch in ihren Reihen die Skepsis gegen diese Vorlage überwiegt.

handels (EG, USA und Japan) mit Import- und Exportlimitierungen nach eigenen Bedürfnissen sich immer wieder zu arrangieren suchen.

### Ablösung an der Spitze des EFTA-Sekretariats

Der Tenor der Äusserungen der anderen EFTA-Delegierten stimmte im ganzen mit den schweizerischen Ueberzeugungen überein, wiewohl es auch im Kreis der «kleinen Freihandelszone» nicht selten zu handelshindernden Praktiken kommt. Beispiele dafür, die in Bern Besorgnis erregen, sind eskalierende Exportkreditbeihilfen, staatliche Industriesubventionen, welche mindestens einer ordnungsgemässen Ueberprüfung nach den EFTA-Regeln bedürfen, und neuerdings «Selbstbeschränkungsvereinbarungen» für bestimmte Textillieferungen zwischen den beiden EFTA-Ländern Portugal und Oesterreich. Diese Fälle machen deutlich, dass die EFTA, die im allgemeinen wenig Publizität erhält, doch weiterhin mancherlei Stabsarbeit im Dienste eines wettbewerbsgerechten Freihandels zu leisten hat.

Dieser Arbeit hat während längerer Zeit ein Schweizer, Charles Müller, als EFTA-Generalsekretär vorgestanden. Er ist ein erfahrener Diplomat, der nun den Schlüsselposten des schweizerischen Botschafters in Bonn antreten hat. In seine Genfer Amtszeit sind bedeutungsvolle Entwicklungen gefallen, so die Errichtung des EFTA-Industriefonds für Portugal, der Abschluss des multilateralen Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Spanien sowie eine starke Intensivierung der EFTA-Beziehungen zu Jugoslawien. In allen Phasen hat dabei Botschafter Müller intensiv und kreativ mitgewirkt.

### Nicht mehr Demokratie, sondern weniger Landesverteidigung

Gegen Rüstungsreferendums-Initiative der SP

Als inkonsequent und als Zeichen des Misstrauens gegenüber den Bestrebungen zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Landesverteidigung erachtet die Geschäftsleitung der FDP die von der SP der Schweiz lancierte Initiative auf Einführung des fakultativen Referendums bei Rüstungsvorhaben. Ziel dieses Begehrens ist nicht mehr Demokratie, sondern weniger Landesverteidigung. Die freisinnige Geschäftsleitung ruft deshalb die Stimmberechtigten auf, die Initiative nicht zu unterzeichnen.

Unlogisch ist der Vorstoss deshalb, weil konsequenterweise nicht nur Militärausgaben, sondern auch alle grösseren Finanzvorlagen, etwa im Bereiche der Entwicklungshilfe, der Sozialversicherungswerke, der Landwirtschaft usw., dem fakultativen Referendum zu unterstellen wären.

Zur Beurteilung einer militärischen Vorlage muss der Stimmbürger über die nötigen Informationen verfügen, die jedoch häufig aus Gründen der Geheimhaltung nicht in allen Teilen offengelegt werden können. Zudem brächte eine derartige Bestimmung zusätzliche Unsicherheiten in den ohnehin schwierigen Rüstungsablauf hinein. Es würden die langfristige Planung erschwert, der schweizerischen Industrie bei der Herstellung von Rüstungsgütern neue Hindernisse in die Wege gelegt und das bereits recht langwierige Verfahren noch weiter verzögert. Jede Beschaffungsvorlage würde zum Tumultfeld armeefeindlicher Kreise gemacht und die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Wehrwillens im Ausland erschüttert.



### Gesunder Wohnungsmarkt ist bester Mieterschutz

Zur Revision des Miet- und Pachtrechtes

Ein gesunder, funktionierender Wohnungsmarkt ist der beste Schutz des Mieters. Voraussetzung dafür ist vor allem auch ein quantitativ und qualitativ genügender Wohnungsbau. Ein für den Vermieter zu strenges Mietrecht würde sich aber ungünstig auf dessen Investitionsbereitschaft und somit für den Mieter kontraproduktiv auswirken. Dies hält die FDP in ihrer Vernehmlassung zur Revision des Miet- und Pachtrechtes fest. Sie ist mit dem Bundesrat der Meinung, dass die geltende Ordnung einer Ueberprüfung zu unterziehen ist, wobei nur dort Änderungen vorgenommen werden sollten, wo sich das bisherige Recht nicht bewährt und zu unbilligen Lösungen geführt hat.

Nach Auffassung der FDP hat ein zukünftiges Mietrecht auf dem Grundsatz der Vertragsfreiheit zu basieren. Das bedingt, dass das Gesetz von zwei gleichwertigen Vertragspartnern, Mieter und Vermieter, ausgeht und dort mit zwingenden Bestimmungen eingreift, wo das Schutzbefürfnis eines dieser Vertragspartner über den Grundsatz der Vertragsfreiheit zu stellen ist.

Den vorgeschlagenen Verfassungsartikel lehnt die Partei als zu weit gehende Verfassungsgrundlage ab, da er gegenüber der heutigen Bestimmung materiell weitergeht. Mit dem Grundsatz, auf die bisherige örtliche Beschränkung zu verzichten, ist die Partei aus rechtlichen und sachlichen Gründen einverstanden. Es hat sich erwiesen, dass das Kriterium Wohnungsnot zu wenig konkretisierbar war und damit gesamtschweizerisch eine einheitliche Anwendung verunmöglicht. Damit aber auch künftig Gewähr dafür geboten ist, dass sich diese Gesetzgebung auf die effektive Missbrauchsbekämpfung beschränkt, muss die Verankerung der Vertragsfreiheit im Mietwesen in der Verfassung zum Ausdruck kommen.

Die Partei schlägt neu vor, eine Bestimmung aufzunehmen, die es auf freiwilliger Basis ermöglichen würde, einen gewissen Mietzinsausgleich zwischen neuen und älteren Wohnungen mit vergleichbarem Wohnwert vorzunehmen, ohne durch die Vorschriften der Missbrauchsbekämpfung daran gehindert zu werden.

Bei der Revision des Obligationenrechts hält die Partei am Grundsatz der Vertragsfreiheit fest. Dazu gehört insbesondere das Recht jeder Vertragspartei, einen Vertrag auflösen zu können. Aus diesem Grund lehnt die Partei den vorgeschlagenen Kündigungsschutz ab, zumal sich eine grundsätzliche Aenderung der bestehenden Regelung, die die Möglichkeit einer zweimaligen Erstreckung des Mietverhältnisses beinhaltet, nicht aufdrängt. Die FDP wünscht jedoch eine Ergänzung dahingehend, dass der Mieter vor erwiesenermassen missbräuchlichen Kündigungen geschützt sein soll.

In ihrer Vernehmlassungsantwort, die zahlreiche Anregungen und Ergänzungen enthält, kritisiert die Partei auch die Betrachtungsweise der Autoren der Entwürfe. Sie bezeichnet diese als einseitig und weist auf die magere Charakterisierung der vorgeschlagenen Verfassungsänderung hin, bei der es in Tat und Wahrheit um eine grundlegende Umgestaltung der verfassungsmässigen Kompetenzen im Mietwesen geht.

### Übergangsordnung statt Versuch

Stellungnahme zur Verordnung für Rundfunkversuche

Nach Ansicht der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) besteht unbestreitbar ein Bedürfnis nach lokalen und regionalen Anstalten. Sie ist deshalb der Ansicht, dass dieser Tatsache durch eine Vermehrung des Programmangebots in diesem Bereich Rechnung zu tragen ist. Sowohl aus ordnungs- wie aus spezifischen medienpolitischen Gründen kommt für die Partei eine unbegrenzte Ausweitung der SRG-Dienstleistungen mit immer differenzierteren Programmnutzungen nicht in Frage. Sie plädiert deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Verordnung für Rundfunkversuche für eine Öffnung des Zugangs nach bestimmten Kriterien und schlägt vor, dass statt einer Versuchsphase eine Übergangsordnung bis zur Inkraftsetzung der Radio- und Fernsehgesetzgebung ausgearbeitet wird.

Der vom Bundesrat vorgeschlagene zeitlich begrenzte Versuch erscheint der FDP als wenig attraktiv für interessierte Veranstalter. Ernstzunehmende Aktivitäten werden durch eine Befristung erheblich erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht. Diese enthält zudem nicht nur wirtschaftliche Risiken für den Veranstalter, sondern auch soziale für die während der Versuchszeit engagierte Mitarbeiter. Die Verordnung in der vorgeschlagenen Fassung bezeichnet die Partei in diesem Punkt

### Erfolg für die FDP Oberwallis

Die Freie Demokratische Partei Oberwallis (FDPO) hat erfolgreich die Unterschriftensammlung für die von ihr lancierte kantonale Volksinitiative «für ein familien- und wirtschaftsfreundlicheres Steuergesetz» abgeschlossen. Das Begehren konnte Anfang Dezember bei der Walliser Staatskanzlei eingereicht werden.

Die FDPO begründet ihren Schritt wie folgt: «Die mittelständische Bevölkerung des Wallis wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten unverhältnismässig stark besteuert. Die zunehmende Steuerbelastung der Einkommen von Handel- und Gewerbetreibenden, Beamten und Angestellten, der Lehrer, Arbeiter und Arbeiter-Bauern, Freierwerbenden usw. bleibt nicht ohne negative Folgen. Wenn wir im Wallis einen gesunden Mittelstand erhalten wollen, dann brauchen wir ein Steuergesetz, das dem Eigentum, der Moral, der Leistung und Bodenständigkeit besser gerecht wird.»

Aus diesem Grunde verlangt sie eine Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes und postuliert konkret die Neueinführung bzw. Erhöhung von steuerlichen Abzügen. Tangiert werden die geltenden Bestimmungen über den Eigenmietwert, das Erwerbseinkommen der Ehefrau sowie das landwirtschaftliche Einkommen aus selbständiger Nebenerwerbstätigkeit.

als untaugliches Instrumentarium, ja als eigentliche «Verhinderungs-Verordnung».

Zur Frage der Grundsätze der Berichterstattung bemerkt die FDP, dass keine restriktive Formulierung zu wählen ist. Insbesondere wird eine Binnenpluralität der einzelnen Sender abgelehnt, da auf diese Weise die erwünschte Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern verhindert und einzig eine Unzahl von «Mini-SRGs» geschaffen werden. Programmrichtlinien, welche mehr sein sollen als Bekämpfung krassen Missbrauchs, führen nach Meinung der Partei zu einer behördlichen Gestaltungsintervention in den Bereichen der Presse- und Meinungsfreiheit. Der Staat erlangt dadurch eine Machtstellung, die allerhöchstens als Bestandteil eines Monopols in Frage kommen kann. Die FDP schlägt deshalb eine Beschränkung der Grundsätze für die Berichterstattung im folgenden Sinne vor: «Die Berichterstattung muss wahrheitsgetreu und fair sein.» Im weiteren beantragt sie, die Einsetzung einer Beschwerdeinstanz vorzuziehen, die den Dialog zwischen Veranstalter und Publikum ermöglicht und im Interesse der Öffentlichkeit krassen Missbräuche bekämpft. Vorgeschlagen wird ferner die Ausarbeitung von Grundsätzen für ein Gegendarstellungsrecht durch das EVED, bis die so lange Gültigkeit haben sollen, bis die sowohl auf dem Gebiete des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes wie auch des Urheberrechtes in Angriff genommene Revisionen abgeschlossen sind.

Die FDP spricht sich für die Finanzierung von Radiosendungen durch Werbung aus, um so eine Vielzahl von Veranstaltern zu ermöglichen. Grundsätzlich ist sie der Meinung, dass eine solche Finanzierung nur im notwendigen Ausmass zur Deckung der Betriebskosten sowie eine angemessene Verzinsung des Investitions- und Risikokapitals aufgefasst werden darf. Mit Blick auf die beschränkten finanziellen Ressourcen der SRG lehnt sie jedoch direkte Werbung bei Bild- und Kabelfernübertragungen ab.

### Bedürfnis anerkannt

FDP für höhere Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet

Die FDP anerkennt das Begehren der Viehhalter im Berggebiet und in der voralpinen Hügellzone auf Erhöhung der Kostenbeiträge, da nach wie vor ein Einkommensunterschied zwischen Berg- und Talbetrieben besteht. Sie erwartet deshalb, dass die erhöhten Ansätze so schnell wie möglich in Kraft gesetzt werden können. Dies spätestens jedoch auf Anfang 1983. Dies hält die Partei in ihrer Vernehmlassung zur Revision des entsprechenden Bundesgesetzes fest.

Um die ins Auge gefassten Einkommensverbesserungen möglichst rasch realisieren zu können, verzichtet die FDP darauf, weitergehende Postulate bezüglich einer Indexierung oder einer auf der Anzahl der Grossvieheinheiten basierenden Differenzierung der Beiträge zur Diskussion zu stellen. Sie begrüsst es, dass mit der Gesetzesrevision die Kompetenz für die Festsetzung dieser Beiträge an die Viehhalter in den erwähnten Regionen künftig allein beim Bundesrat liegen wird.

### Das schleichende Gift des Protektionismus

## Schweizerische Führungspositionen in der EFTA

Wie zwielichtig die Welthandelspolitik heutzutage geführt wird, hat Bundesrat Dr. Fritz Honegger sehr anschaulich zum Ausdruck gebracht, als er am 60-Jahr-Jubiläum der Schweizerischen Handelskammer in Wien der «Reinheit der Gesinnung», an der es an Lippenbekenntnissen kaum jemand fehlen lässt, das immer weiter wuchernde Gestrüpp protektionistischer «Sündenfälle» gegenüberstellte.

Euphemistisch werde von «Verfeinerungen» der internationalen Handelsordnung gesprochen, aber hinter den erfindungsreichen Begriffen wie Selbstdisziplin, Organisation, freiwillige Exportbeschränkung, Sektorenpolitik oder Anpassungshilfe stehe zu meist nichts weiter als eine kontinuierliche Behinderung des freien Güterausstauschs. Gedient sei da-

mit letztlich niemanden, weil äusserer Schutz nur innere Struktur reformen hemme und sich fortzupflanzen drohe, solange man das Mott «Innovation statt Protektion» missachte.

### Trügerische Lösungsansätze

Demgegenüber gab ein Ministertreffen der EFTA Gelegenheit, die wohlstandsfördernden Wirkungen des Aussenhandels mit Nachdruck in Erinnerung zu rufen. Im Gespräch zwischen den Fachministern und dem Konsultativkomitee der EFTA, dem Sozialpartner- und weitere Wirtschaftsvertreter angehören, betonte dabei Honegger auch den vorrangigen Stellenwert des freien Handels vor einem künstlich konzertierten beschäftigungspolitischen Staatsinterventionismus, wie er seit längerem vor allem von skandinavischer Gewerkschaftsseite propagiert wird.

Vor dem auf Ministerebene tagenden Rat der EFTA fügte dann Botschafter C. Sommaruga, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, als schweizerischer Wortführer bei, es wäre trügerisch, zu glauben, dass kritische wirtschaftliche Probleme mit protektionistischen Massnahmen gelöst werden könnten: «Protektionismus stellt heute eine der ernstesten Bedrohungen dar, und zwar nicht nur im Kampf gegen die Inflation, sondern auch für die mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten.» Tatsächlich ist liberale Wachsamkeit für die kleinstaatlich bestückte EFTA von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der gerade die «drei Grossen» des Welt-

### Glarner Jahr im Stöckli beendet



Anerkennende Worte für seine souveräne Leitung der Ratsgeschäfte im «Stöckli» fand über die Parteigrenzen hinaus der Glarner Standesherr Dr. Peter Hefti (unser Bild). Dem Freisinnigen folgte im Ratspräsidium Jost Dillier, Sarnen (CVP).

Keine Experimente  
mit unserem Sozialversicherungssystem

## AHV als Tummelfeld klassenkämpferischer Uebungen?

Vor kurzem hat das linksstehende Mouvement populaire des familles in einer Spezialpublikation eine Sonderauswertung der Daten der bekannten Rentnerstudie von Dr. Willy Schweizer der Presse vorgestellt. Prof. Dr. P. Gilliand zeichnete für die wissenschaftliche Bearbeitung des Materials verantwortlich. Mario Tavazzi hat die beiden Studien miteinander verglichen und kommentiert sie.

Aus etlichen Kommentaren lässt sich ein Aufatmen darüber heraushören, dass die «neuen» Auswertungsergebnisse gezeigt hätten, dass es den Rentnern eben doch wesentlich schlechter gehe, als die Rentnerstudie des Berner Soziologen vor zwei Jahren habe weismachen wollen. Dabei wurde offensichtlich eine der wesentlichsten Tatsachen kaum beachtet: Auch Prof. Gilliand benutzte die Grundlagendaten der Schweizer Studie und bestätigt die Gültigkeit der 1980 veröffentlichten Ergebnisse.

### Alter Wein aus neuen Schläuchen

Die von Gilliand vorgelegten Zahlen bringen ergänzend Einblick in die Auswirkungen der Steuerprogression. Diese vermindert die Einkommensunterschiede zwischen den ärmsten zehn Prozent der Rentner und den reichsten zehn Prozent von 1:12 und 1:8,5, was zeigt, in welcher Masse wohlhabende Rentner steuermässig belastet werden. Zusammen mit der Differenzierung nach Berufsgruppen ergänzen diese Resultate die Ergebnisse der Rentnerstudie, ändern aber nichts an der Tatsache, dass es dem Grossteil der AHV-Rentner in der Schweiz gut geht. Sie können anderthalbmal mehr sparen als die Erwerbstätigen, und die Schweizer Rentner verfügen nicht nur über viel mehr Vermögen als die Rentner anderer Länder, sondern auch über mehr als doppelt soviel wie die erwerbstätige Schweizer Bevölkerung.

### Neid schüren?

Abgesehen von solchen Vergleichen gibt es aber auch sonst keinen vernünftigen Grund, den Neid auf wohlhabende Rentner zu schüren. Sie haben als Erwerbstätige, wegen der unbeschränkten Beitragspflicht, viel an die AHV beigetragen. Sie tun dies, wenn sie noch erwerbstätig sind, auch heute, ohne dass sie dafür mehr Rente erhalten. Nun hat aber Prof. Gilliand nicht nur wissenschaftlich unbestreitbare Resultate publiziert, er hat auch politische Vorschläge zur Minderung der Einkommensunterschiede unterbreitet. Und hier gilt es, besonders hellhörig zu werden.

Er hat berechnet, dass nur 12 Prozent der Einkommen von den «reichen» zu den «armen» Rentnern umverteilt werden müssten, um die Einkommen der einkommensschwächeren Hälfte an den Medianwert von 20 900 Franken pro Jahr (1976) angleichen zu können. So einfach tönt das! Sollte dieser Vorschlag verwirklicht werden, dann müssten heute bei einem Bestand von etwas mehr als 800 000 Altersrenten-Bezüglern rund 3100 Millionen Franken umverteilt werden. Dies würde aber bedeuten, dass jedem AHV-Rentner, der einkommensmässig über dem Durchschnitt (29 400 Franken) liegt, durchschnittlich 11 000 Franken weniger AHV-Rente ausbezahlt werden dürfte, denn ein anderes Umverteilungsinstrument als die AHV steht dem Staat in diesem Bereich nicht zur Verfügung.

### Ein Machwerk linker Zauberlehrlinge

Konkret hätte dies die Auswirkung, dass beispielsweise ein Rentner, der heute 10 000 Franken AHV-Rente erhält und über keine andere Einkommensquelle besitzt, nach der Umverteilung über eine AHV-Rente von 20 900 Franken verfügen könnte. Die Differenz müsste beispielsweise ein Rentner berappen, der über ein Einkommen von 35 000 Franken (15 000 Franken AHV-Rente, 10 000 Franken Pensionskassenrente, 10 000 Franken Vermögenseinkommen) verfügt. Der «reiche» Rentner, der vielleicht das Fünffache an AHV-Beiträgen bezahlt hat, erhält somit nach der Umverteilung noch eine AHV-Rente von 4100 Franken im Jahr.

Beide Lösungsmöglichkeiten würden auch dazu führen, dass das sonst auch von der Linken immer so stark betonte Versicherungsprinzip bei der AHV noch mehr fallengelassen werden müsste. Zudem würden Ungleichbehandlungen und Ungerechtigkeiten geschaffen, die die Existenz dieses Sozialwerkes ernsthaft in Frage stellen würden. Damit erweist sich die Umverteilung von «nur» 12 Prozent der Rentneinkommen als gefährliche Illusion.



**Universalbank**  
gegründet 1897

Wir sind eine Bank, die mit den Märkten und in den Märkten der ganzen Welt arbeitet: Börsengeschäfte (Sitz an der Zürcher Börse), Anlageberatung und Vermögensverwaltung, Betriebs- und Investitionskredite, Finanzierung von Handelsgeschäften, Devisenhandel, Akkreditive.

**BANK HOFMANN AG**  
ZUERICH

Talstrasse 27, Telefon 01/211 57 60



Auf Vorschlag der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung wurde zu Beginn der Wintersession ehrenvoll deren Präsident, Nationalrat Dr. Franz Eng, Günsberg SO, zum Vizepräsidenten der Grossen Kammer erkoren. (Foto Bolleter)

und als Machwerk linker Zauberlehrlinge.

Wenn uns das Schicksal der wirtschaftlich bedrängten Rentner — um einen Ausdruck zu gebrauchen, der bei Sozialforschern Mode geworden ist — am Herzen liegt, so sollten wir uns vielmehr dafür einsetzen, mit systemkonformen Mitteln gezielt nach Verbesserungen zu suchen (beispiels-

weise kurz- und mittelfristig durch den Ausbau der Ergänzungsleistungen; mittel- und langfristig durch den Ausbau der zweiten Säule). Klassenkämpferische Umverteilungstheorien schaden dagegen letztlich der Sache, wenn es darum gehen sollte, noch bestehende Schwachstellen in unserem bereits gut ausgebauten Sozialversicherungssystem gezielt auszumerzen.

FDP der Schweiz organisiert Reise in die USA

## News und Hintergrundinformationen

Nach China nun die USA. Nach dem Abstecher in das Reich der Mitte organisiert die FDP der Schweiz einen USA-Trip. Allerdings keinen der traditionellen Ausflüge über den «grossen Teich», sondern eine echte Polit-Reise: Geboten werden News über Politik, Wirtschaft und Kultur, ergänzt mit Hintergrundinformationen aus erster Hand. Besucht werden New York und Washington.

Termin: 30. März bis 6. April. — Aufenthalt vom 30. März bis zum 2. April, nachmittags, in New York, anschliessend bis zum 4. April, nachmittags, in Washington, gleichentags Rückkehr nach New York, und am Abend des folgenden Tages (5. April) Rückflug in die Schweiz (Ankunft am 6. April).

Kosten: Fr. 1950.— (Preisbasis: Ende Oktober 1981); inbegriffen Swissair-Linienflug Zürich/Genf—New York—Zürich/Genf, Mittelklass-Hotel in New York und Washington, amerikanisches Frühstück, Bus New York—Wa-

shington—New York, verschiedene Besuche, Reiseleitung, Versicherungspaket, Dokumentation, Flughafentransfers in New York.

Interessenten werden gebeten, den Talon baldmöglichst dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, zur Verfügung zu stellen, damit ihnen weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt werden können.



## Lieber Leser

9. Dezember — ein grosser Tag nicht nur für Bundesrat Dr. Fritz Honegger, sondern auch für die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung und die gesamte Partei. Mit der ehrenvollen Wahl des Magistraten zum Präsidenten der Landesregierung für 1982 findet nicht nur eine brillante Karriere ihren Höhepunkt, sondern erfährt auch ein Leben im Dienste der Öffentlichkeit seine verdiente Anerkennung. «Der Freisinn» würdigt dieses Ereignis auf Seite 5.

Eine einlässliche Schilderung des Werdegangs des ehemaligen schweizerischen Parteipräsidenten findet sich in Heft 2/3 1977 der «Politischen Rundschau», der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahrszeitschrift. Sie kann beim Generalsekretariat (Postfach 2642, 3001 Bern) bezogen werden.

Erwartungsgemäss mit wenig Begeisterung haben Volk und Stände am letzten Novemberwochenende der Weiterführung der Bundesfinanzordnung ihre Zustimmung erteilt. Der hohe Nein-Stimmenanteil ist als deutlicher Fingerzeig zu werten, dass die seit geraumer Zeit anhaltende Steuerunlust und -unrast noch nicht beseitigt werden konnte. Dieser Tatsache ist bei den weiteren Schritten, die nun folgen und deren Ziel die Sanierung des Bundeshaushaltes ist, gebührende Rechnung zu tragen. Ueber die finanzpolitischen Absichten der FDP der Schweiz, die konkrete Vorschläge unterbreitet, wurden die «Freisinn»-Leser bereits in der letzten Ausgabe eingehend informiert.

Wenig Begeisterung nicht beim Souverän, sondern bei Partei und Fraktion vermochte der Zwischenbericht des Bundesrates zu den Regierungsrichtlinien der laufenden Legislaturperiode zu wecken. Unmissverständlich wurde das Begehren nach einer Konzentration der Kräfte auf das Wesentliche gestellt. Nationalrat Dr. Bruno Hunziker erläuterte auf Seite 1 die Haltung der Fraktion, wie sie auch vor dem Ratsplenum in der ersten Woche der Dezembersession zur Darstellung gelangte.

Nachdem wir in der letzten «Freisinn»-Nummer einem Vertreter der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) Gelegenheit zur Erläuterung des Beschlusses gaben, weshalb sie das Referendum gegen die Revision des Strafgesetzbuches ergriffen, verteidigt in dieser Ausgabe Nationalrat Dr. Kaspar Meier die Vorlage (Seite 4).

Gerne benütze ich die Gelegenheit, um allen «Freisinn»-Lesern für die kommenden Festtage sowie das neue Jahr alles Gute zu wünschen.

*Hans Rudolf Leuenberger*  
Hans Rudolf Leuenberger

### Anmeldetalon

Der/Die Unterzeichnende

- meldet sich zur FDP-Reise in die USA an. Total ... Personen und wünscht sis Ende Oktober 1981)
- Mittelklass-Hotel 1950 Fr. pro Person
- Erstklass-Hotel 2040 Fr. pro Person
- Einzelzimmer (Zuschlag 320 Fr.)
- hat Interesse an der FDP-Reise in die USA mit ... Personen und wünscht ergänzende Unterlagen

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an:  
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

PS: Die definitiven Anmeldungen werden, da das Platzangebot beschränkt ist, in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

**Wir kaufen  
und verkaufen  
erlesene  
Goldmünzen.**

Es gibt in der Schweiz nur ganz wenige Goldmünzenexperten. Einer von ihnen sitzt bei uns.

**JVONTOBEL & CO.**  
Bankiers  
Zürchs grösste Privatbank.

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-488 71 11  
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Umstrittene Revision des Strafgesetzbuches

## Weshalb das Referendum unnötig ist

Die von den eidgenössischen Räten gutgeheissene Revision des Abschnittes über die Gewaltverbrechen im Strafgesetzbuch stösst auf Opposition. Nicht nur der Schweizerische Gewerkschaftsbund sowie Kreise der politischen Linken haben beschlossen, gegen die Vorlage das Referendum zu ergreifen, sondern auch die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) und die Junge SVP. Nachdem im letzten «Freisinn» Pierre de Raemy die Haltung der JBS erläuterte, begründet nun Nationalrat Dr. Kaspar Meier, Luzern, sein Eintreten für die Revision:



### Das Nein — und was dazu zu sagen ist

«Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» — dieser gute freisinnige Slogan wird angerufen, um den Bürger vor Strafbestimmungen zu schützen. Welcher Bürger soll geschützt werden? Gemäss Art. 260<sup>bis</sup>, Strafgesetzbuch, soll bestraft werden können, wer planmässig konkrete technische oder organisatorische Vorkehrungen trifft, deren Art und Umfang zeigen, dass er sich anschickt, ein schweres Verbrechen wie Mord, Raub, Brandstiftung, Geiselnahme usw. zu begehen. Diese Bestimmung wird von der JBS als mit dem Freiheitsrecht des Bürgers nicht vereinbar abgelehnt.

### Nicht Gesinnung, sondern Handlung

Wenn man den Gesetzestext liest, kann man nur staunen, dass aus dieser Formulierung ein Gesinnungsdelikt abgeleitet werden will. Wer planmässig, konkrete technische und organisatorische Vorkehrungen trifft, um ein schweres Verbrechen zu begehen, der hat doch längst das Stadium blosser Gesinnung oder gar Spielerei hinter sich. Sowohl in den Beratungen der Expertenkommission wie auch in jenen der eidgenössischen Räte kam unmissverständlich zum Ausdruck, dass nicht Gesinnungen, sondern Handlungen erfasst werden sollen.

Die Expertenkommission hat eindeutig erklärt, wenn Gewalttaten wirksam strafrechtlich bekämpft werden sollen, so müssten auch Vorbereitungshandlungen erfassbar sein. Die Erfahrung

habe gezeigt, dass die Bestimmungen über den Versuch viel zu eng seien. Als Beispiele für strafbare Vorbereitungshandlungen wurden das Einrichten von Verstecken für zu entführende Personen, das planmässige Auskundschaften und genaue Ueberwachen des vorgesehenen Opfers und seiner Lebensgewohnheiten, das Bereitstellen der Waffen und Fluchtfahrzeuge usw. genannt.

Dass es «dringend geboten» ist, strafrechtlich einzugreifen, wenn es um Vorbereitungen von Gewalttaten und Verbrechen geht, bedürfe keiner weiteren Begründung, erklärt die Expertenkommission. Für sie — und ich glaube, auch für die meisten unserer Mitbürger — ist es wirklich selbstverständlich, dass ein Eingreifen nicht erst dann erfolgen soll, wenn der Mord, der Raub oder die Brandstiftung bereits geschehen ist. Es ist doch Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass solche Verbrechen nach Möglichkeit verhindert werden können.

### Freiheitswidrig?

Ein weiterer Punkt, der in dieser Gesetzesrevision auf Widerstand stösst, ist Art. 259. Der heutige Text lautet: «Wer öffentlich zu einem Verbrechen auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder mit Gefängnis bestraft.» Das neue Gesetz sieht hier vor, dass zusätzlich mit Gefängnis oder mit Busse bestraft werden kann, wer öffentlich zu einem Vergehen mit Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen auffordert. Völlig zu Unrecht wird dieser Bestimmung eine Gefährdung des Streikrechts unterschoben.

Was Art. 259 will, ist Schutz des Opfers. Wer öffentlich Leute auffordert — man beachte die Formulierung «auffordert» —, Menschen zusammenschlagen oder Sachen gewalttätig zu demolieren, soll bestraft werden. Ist das wirklich freiheitswidrig? Haben unsere Bürger nicht Anspruch darauf, gegen Gewalttätigkeiten geschützt zu werden?

Die Referendumsfreunde und Gegner der Gesetzesrevision beschränken sich in ihrer Agitation praktisch auf die Beanstandung der beiden vorstehend erwähnten Revisionspunkte. Sie verschweigen, dass die Gesetzesänderung wichtigere Probleme zu lösen hatte. Es musste endlich der Tatbestand der Geiselnahme geschaffen werden. Es war dringend nötig, für Diebstähle und Raubüberfälle, bei denen Waffen mitgeführt werden, eine schärfere Strafe vorzusehen. Es musste ein



## Lese-Tips für «Freisinn»-Leser

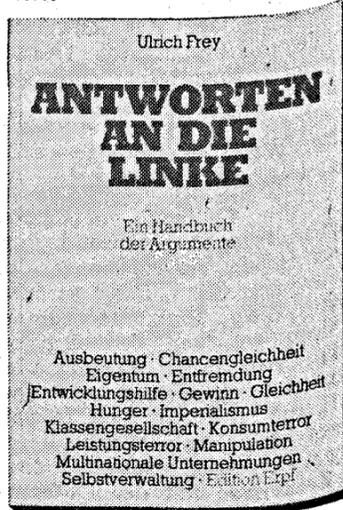
### Liberaler Argumente gegen Linke

Argumente und Argumentensammlungen gegen die traditionelle Linke sind nicht neu. Was fehlte, waren Stichworte für die Diskussion mit der neuen Linken. Diese Lücke füllte Ulrich Frey: In seinem Handbuch der Argumente «Antworten an die Linke» (Edition Erpf, Bern) präsentiert er die wichtigsten Schlagwörter und Thesen und setzt sich kritisch mit ihnen auseinander.

Der Autor stellt in verschiedensten Bereichen dem Versagen staatlicher Wirtschaftsmacht sozialistischer oder kommunistischer Observanz den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft gegenüber, die sich zunehmenden Anfechtungen ausgesetzt sieht und die für einen beträchtlichen Teil der Uebel in der heutigen Welt verantwortlich gemacht wird. Nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in weitem entlarvt der Verfasser die Demagogie, die mit geläufigen Klischees weiterverbreitet wird, wo neutral klingende Wör-

ter zu Verwirrung und Unheil führen, weil ein kritisches Ueberdenken nicht stattfindet und sie nicht an der Wirklichkeit gemessen und auf ihren Gehalt geprüft werden. Er schiebt den Liberalen Argumente gegen die Linke in den Mund — in alphabetischer Reihenfolge von Ausbeutung über Konsumterror bis und mit Selbstverwaltung, dem jüngsten Modewort der politischen Linken.

Als Qualitätskriterium des Werkes von Ulrich Frey darf auch die Reaktion in der linken Presse gewertet werden, die bisig und gereizt ausfiel. Vielleicht auch deshalb, weil Ulrich Frey sich nicht in der Theorie verfangen hat, sondern praxisbezogen verständlich argumentiert, schlagkräftiger als viele hochtrabenden theoretischen Gedankengebäude und dem Leser die notwendige Kompetenz für die Auseinandersetzung mit der politischen Linken gibt und ihn selbst seines eigenen Standortes erinnert. (ch)



allgemeiner Entführungstatbestand geschaffen werden. Diese wichtigen und notwendigen Ergänzungen des Strafgesetzbuches fallen natürlich auch dahin, wenn der Gesetzesvorschlag abgelehnt wird.

Es ist selbstverständlich, dass mit einer blossen Verschärfung des Strafrechts allein die Probleme der modernen Kriminalität nicht gelöst werden können. Aber gerade ein Staat, für den die Erhaltung der Freiheit eine Voraussetzung seiner Existenz ist, muss auch dafür sorgen, dass diese Freiheit gegen Angriffe geschützt werden kann. Die Revision des Strafgesetzes ist ein kleines Mo-

siksteinchen auf dem Wege zu dieser Pflichterfüllung.

Natürlich ist es ein unbedingt zu respektierendes Volksrecht, das Referendum zu ergreifen. Ich möchte es sogar begrüssen, wenn unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich zu diesem Fragenkomplex an der Urne aussprechen können. Bedenken hege ich einzig und allein darüber, ob in dieser emotionalen Frage zu gegebener Zeit sachlich entschieden wird oder ob es nicht — es macht zurzeit den Anschein — mit tendenziösen und unrichtigen Schlagwörtern gelingt, die an sich notwendige Verbesserung unseres Strafgesetzes vorzunehmen.

# Création La Paz.

Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen.

Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt.

Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur.

Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaissieurs wissen das.

Seit 1813.

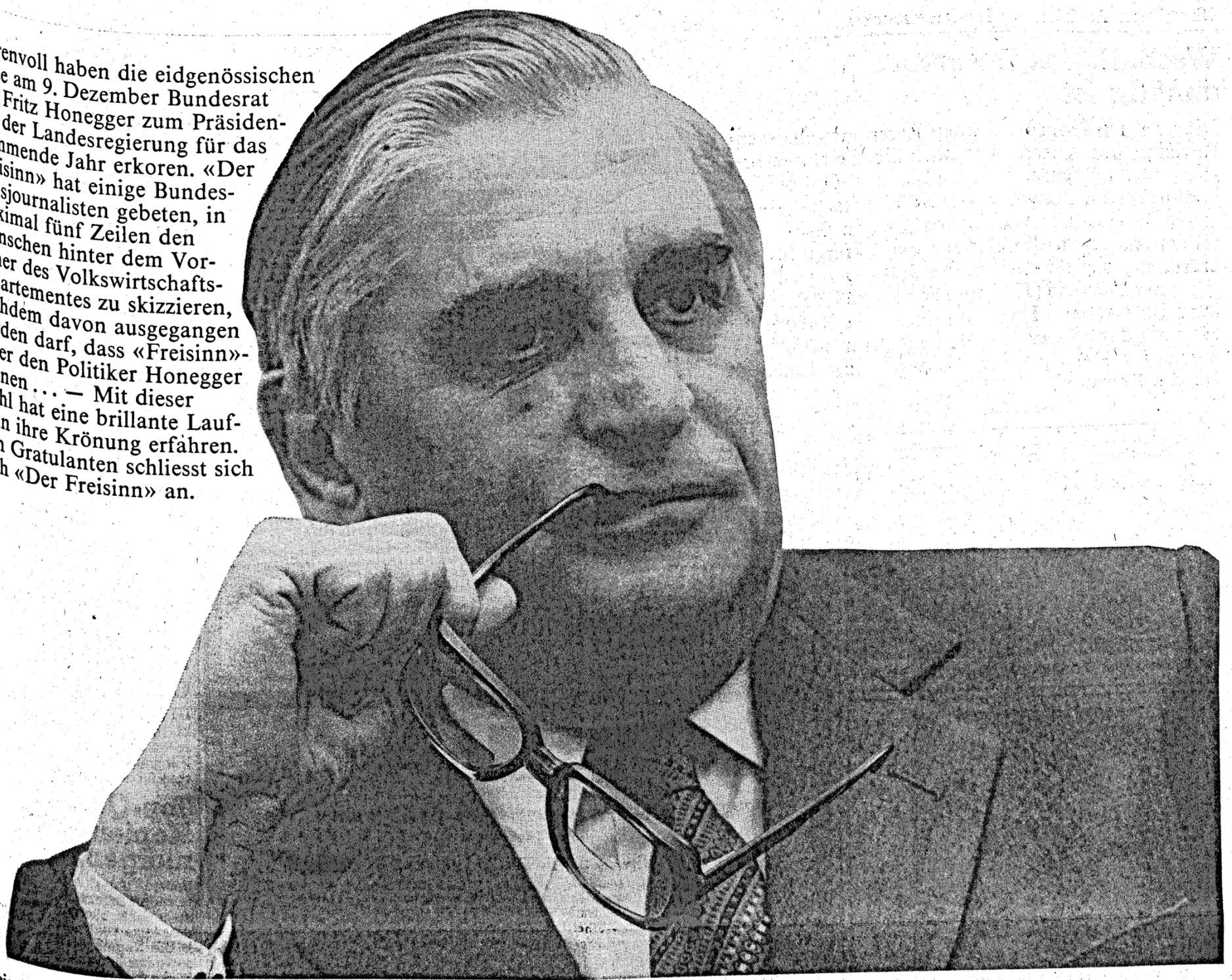


Extra Mild Panatellas von La Paz in 10er-Blechdosen zu Fr. 7.50 Nur im guten Fachhandel.



Cigarros Autenticos.

Ehrenvoll haben die eidgenössischen Räte am 9. Dezember Bundesrat Dr. Fritz Honegger zum Präsidenten der Landesregierung für das kommende Jahr erkoren. «Der Freisinn» hat einige Bundeshausjournalisten gebeten, in maximal fünf Zeilen den Menschen hinter dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes zu skizzieren, nachdem davon ausgegangen werden darf, dass «Freisinn»-Leser den Politiker Honegger kennen... — Mit dieser Wahl hat eine brillante Laufbahn ihre Krönung erfahren. Den Gratulanten schliesst sich auch «Der Freisinn» an.



Diejenigen, die ihm nahe stehen, nennen ihn einen Gentleman. Dem Aussenstehenden fällt seine noble Zurückhaltung in der politischen Auseinandersetzung auf, gepaart mit einem ausgesprochenen Sinn für Fairness.

Emil Grichting

Wegen seiner nüchternen Art sich auszudrücken empfindet man den Menschen Honegger immer irgendwie auf Distanz. Sein unnahbares Wesen drückt einerseits eine gewisse Härte (auch gegen sich selbst) aus, ohne dass deswegen auf der anderen Seite ein gesundes Mass Menschlichkeit verloren ginge.

Roland Meier

Die dezidierte, knappe Ausdrucksweise würde auf den ersten Blick auf einen harten, kühlen Mann schliessen lassen, der aber — kennt man ihn näher — gerade durch seinen offenen, ehrlichen und einfühlsamen Charakter besticht.

Urs Marti

Er ist einer jener Bundesräte, die sich selber nie in den Vordergrund spielen. Das kann er sich um so mehr leisten, als er selbst die grössten Ministerkollegen an Körperlänge übertrifft. Nur hält sich «Hönggi» manchmal derart im Hintergrund, dass man fast vergisst, wer in Bern für die Landwirtschaftspolitik verantwortlich zeichnet...

Peter Amstutz

Korrekt, freundlich, ehrlich, geradlinig, souverän. So begegnet mir der Mensch Fritz Honegger. Er ist kein Utopist, kein Dramatiker, kein Gedankenjongleur und kein typischer Intellektueller, sondern schlicht und einfach ein nüchterner Realist.

Markus Rohr

Fritz Honegger wirkt auf mich als ein Mensch mit festen Wertvorstellungen, als ein Pragmatiker durch und durch, als ein echter, wenn auch spröder Gentleman.

Heinz Ruprecht

(Bilder Rieben, ruti, Bolleter)



**einfach,  
zeitgemäss,  
praktisch**

Vorhänge elektrisch bedienen!  
Ein Knopfdruck genügt, und die Vorhänge öffnen oder schliessen sich und halten an jeder gewünschten Stelle an.  
Unter den drei SILENT GLISS-Elektrozugsystemen finden Sie die richtige Anlage auch für Ihren Bedarf.



Elektrozug-Motor 5000  
Für Vorhängeinrichtungen bis 6 m gerade oder abgebogen

**VonDach+Co**  
SYSTEM SILENT GLISS  
3250 Lyss  
Telefon 032/84 27 42

**Gutschein für  Prospekt  Vorführung und Beratung**

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Senden an: Von Dach + Co., 3250 Lyss DF 56a



**SCHULER-WEINE**

St. Jakobskellererei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

**GESUCHT**  
in der Stadt  
oder Agglomeration Zürich

**BAULAND**  
für die Erstellung  
von Ein- oder  
Mehrfamilienhäusern.

**GENERALBAU**  
Dienersstrasse 15  
8004 Zürich  
Tel. 01 242 10 20 **mathis ag**

**KABA STAR**  
Das Schliesssystem  
mit Kopierschutz-Garantie.

5 Zuhaltungreihen.  
Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.  
Computergesteuerte Schlüssel-Prägungen in Hundertstel Millimetern.  
Astronomische Schliessvarianten.  
Und über 100 Jahre Erfahrung.  
Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

**BAUER KABA AG** Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach, CH-8620 Wetzikon I  
Tel. 01/931 61 11  
Telex 875481

*Erholung in der Ostschweiz*

**8-Tage-Intensivkur  
zur Entschlackung  
auf rein pflanzlicher Basis.**

Speziell empfohlen bei  
Leber/Galle- und Magen-  
leiden.

- ideale Höhenlage (1000 m ü. M.)
- ruhig und sonnig gelegen im vor-alpinen Appenzellerland
- im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
- viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
- von den Krankenkassen anerkanntes Haus zur Erholung

Nähere Auskunft: Inserat auf Postkarte geklebt einsenden an:

**Kurhaus Beutler**  
Vogelinslegg 9042 Speicher AR  
Tel. 071/94 23 44



**Valens**  
KURHOTEL

auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.  
Das ideale Hotel für erholsame  
**Thermalbadeferien**

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachbehandlungen und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelhaftes, mildes Klima.

**Spezialstudios für Behinderte**  
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:  
**Kurhotel Valens, CH-7311 Valens**  
Telefon (085) 9 37 14 (Frau Frehner verlangen)

**PIZOL** Pizolhütte, 2227 m ü. M.  
Im Sommer und Winter

**Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende**  
Herrliche 5-Seen-Wanderung

**Für den Winter – für Skiferien und Sporttage**  
Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.  
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.  
Tourenleiter für 80 Personen.  
Wir laden Sie herzlich ein  
Familie Peter Kirchof, 7323 Wangs-Pizol, Telefon (085) 2 14 66/2 33 58

**Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.**

**Altliegenschaften sanieren? Substanz erhalten? Dank reicher Erfahrung können wir Sie professionell beraten.**

**Spaltenstein** LIEGENSCHAFTEN  
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SCHAFFHAUSERSTR. 372, 8050 ZÜRICH

**Seltene Teppiche aus dem Iran**  
vom Fachgeschäft für handgeknüpfte Teppiche  
**Iran-Teppich Djalali**  
St. Gallen, Brühlgasse 17,  
Telefon (071) 22 32 42



**Spross**

**Ga-La-Bau**  
Garten- und Landschaftsbau  
für Ihre sympathische Umwelt  
Spross Zürich 01-35 45 55

Was vielerorts nur einmal pro Woche stattfindet, gibt's bei uns in Volketswil täglich:

**Abendverkauf bis 20 Uhr**

Von Montag bis Freitag durchgehend von 10 bis 20 Uhr geöffnet, am Samstag von 8 bis 16 Uhr.

**Möbelzentrum des Handwerks**  
Volketswil: Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Waro, Tel. 01-945 55 81  
Zürich: Uraniastrasse 28, vis-à-vis Parkhaus Jelmoli, Tel. 01-211 79 47

Geben Sie Ihre Fotos in bessere Hände.  
Verlangen Sie vom Fotolabor genau soviel Sorgfalt, wie Sie sich beim Fotografieren Mühe geben. Zum Bestspiel für

**Top-Qualitäts-Kopien – bis morgen, 16.00 Uhr.**

Unsere Top-Qualitätskopien sind über dem Durchschnitt ● Sie werden mehrfach farbkorrigiert und erhalten eine feine, seidenmatte Oberfläche ● Die Negative übergeben wir in separater, filmschonender Tasche ● Rückgaberecht für jede Kopie, die Sie nicht zufriedenstellt ● Kopierpreis nur Fr. 1.10 ● Gratis-Treue-Bon (für Farbvergrößerungen) für jeden zum Entwickeln und Kopieren übergebenen Farbfilm ● Heute bringen morgen ab 16.00 Uhr holen.

Gratis erhalten Sie einen Extra-Treue-Bon für Farbvergrößerungen, wenn Sie dieses Inserat mitbringen. An die Bahnhofstrasse 40 oder Albisstr. 8 in Zürich. DF3 R N16

**foto**

**GANZ**

**OSTSCHWEIZ**

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre

**HOTEL METROPOL ST. GALLEN**  
Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs

Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad  
Hot-Whirl-Pool ● Sauna ● Fitness  
Grosser Parkplatz

**ASH** AMBASSADOR SERVICE HOTELS  
**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**  
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delway

**Geschäftlich oder privat?**

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.  
Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!

**HOTEL RESTAURANTS CLUB BAD HORN**  
AM BODENSEE  
TEL. 071/41 55 11



**Hotel Weisses Rössli**

9422 Staad  
b. Rorschach  
Telefon  
(071) 42 15 15

Eurocard · Amexco · Diners-Club · Grosser ☑



**Gasthof Hirschen**

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft.  
Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof  
CH-8268 Salenstein  
Telefon (072) 64 16 44  
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee  
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

**Aller Anfang ist nicht schwer, wenn Sie schon von Anfang an Ihre Bauideen gemeinsam mit uns diskutieren.**

Denn Gesamtkonzepte für Industrie- und Verwaltungsbauten müssen schrittweise erarbeitet werden. So entwickeln wir den optimalen Lösungsweg: von der generellen Vorstellung über das Konzept und das definitive Projekt bis zur schlüsselfertigen Realisierung. Damit von allem Anfang an ein gutes Ende eingeleitet ist.

**Gellinger AG** Dept. Planung und Generalbau  
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34  
CH-1462 Yvondand, Tel. 024/31 17 31

**GEILINGER**

# Terminkalender

Januar	
Do, 21.	Presseverband Mitgliederversammlung Fraktionsvorstand Fraktionssitzung
Mo, 25.	a. o. Session eidg. Räte
Mo, 25., bis Fr, 29.	
Februar	
Fr, 5.	Delegiertenrat (nachmittags) a. o. Delegiertenversammlung, Bern (ca. 10.00)
Sa, 6.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung Fraktionssitzung
Fr, 19.	Reservatum
Sa, 20.	
Fr, 26./Sa, 27.	
März	
Me, 1., bis Fr, 19.	Session eidg. Räte Fraktionsvorstand Fraktionssitzung keine eidg. Volksabstimmung
Mo, 2.	Fraktionsvorstand Fraktionssitzung
Di, 3.	Volksabstimmung Fraktionsvorstand Fraktionssitzung Geschäftsleitung Delegiertenrat (10.00)
Do, 9.	
Do, 18.	Presseverband Generalversammlung
Fr, 19.	
Mo, 22./Di, 23.	USA-Reise, organisiert durch die FDP der Schweiz
Do, 30., bis Do, 6. 4.	
April	
Fr, 16./Sa, 17.	Reservatum
Do, 22.	Presseverband Mitgliederversammlung Geschäftsleitung (ca. 16.00) Geschäftsleitung und Fraktionsvorstand (ca. 18.00) Fraktionssitzung (vormittags) Delegiertenrat (nachmittags)
Do, 29.	
Fr, 30.	ordentl. Delgiertenversammlung im Kanton Baselland
Fr, 30./Sa, 1. 5.	
Delegiertenversammlung SVFF in Genf	
Reservatum	
Geschäftsleitung	
Fraktionsvorstand	
Fraktionssitzung	
Idg. Volksabstimmung	
Session eidg. Räte	
Fraktionsausflug	
Geschäftsleitung	
Delegiertenrat (nachmittags)	
Reservatum	
Presseverband Mitgliederversammlung Geschäftsleitung Delegiertenrat (nachmittags) a. o. Delegiertenversammlung, Bern (ca. 10.00)	
Reservatum	
Arbeitsstag SVFF Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Session eidg. Räte Fraktionsvorstand Fraktionssitzung (N) Eidg. Volksabstimmung Geschäftsleitung Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Presseverband Mitgliederversammlung	
Reservatum Geschäftsleitung Delegiertenrat (nachmittags) a. o. Delegiertenversammlung, Bern (ca. 10.00)	
Präsidentinnenkonferenz SVFF	
Reservatum Fraktionsvorstand Fraktionssitzung Fraktionssitzung Geschäftsleitung Delegiertenrat evtl. (nachmittags) Eidg. Volksabstimmung	
Session eidg. Räte Fraktionsvorstand Fraktionssitzung	
Fraktionsvorstand Fraktionssitzung Geschäftsleitung Delegiertenrat evtl. (nachmittags) Presseverband Mitgliederversammlung	

Die Geschichte der Jungliberalen von 1928—1938

## Jungliberaler Dienst an der Erneuerung

Im Herbst dieses Jahres ist in der Schriftenreihe des Forschungszentrums für schweizerische Politik an der Universität Bern (Verlag Benteli, Bern) die von Alfred J. Gebert verfasste Geschichte: «Die Jungliberale Bewegung der Schweiz 1928—1938» erschienen. Nachstehend ein Hinweis auf dieses Werk, das eine Lücke füllt.

In den Jahren um 1930 war unsere Innenpolitik zu einem Stellungskrieg erstarrt. Wohl wurde erbittert gefochten, aber mit veralteten Waffen. Beim politischen Bürgertum wie bei der Linken dominierten eindeutig die Anschauungen und Argumente aus der Zeit des Landesgeneralstreiks von 1918. Ein neues Konzept und andere Argumente brachten als erste die Jungliberalen ins Gespräch, die sich nach einem Aufruf des Liberalen Klubs Thun von 1928 in allen Landesteilen und Gesellschaftsschichten formiert hatten. Die stärksten Kantonalverbände stellten die Jugendorganisationen des Freisinns. Aber der Bewegung schlossen sich auch selbständige «Kameradschaften» zu Stadt und Land an, die mit der FDPS oder den Kantonalparteien keine Fühlung hatten. An der Spitze der mannigfaltigen Gruppen standen eine Verbandsleitung und ein Arbeitsausschuss, die ausnehmend häufig zu langen Gesprächen zusammenkamen.

### Keine Debattierklubs

Aber die schweizerischen wie die kantonalen Instanzen blieben keine Debattierklubs, sondern griffen aktiv ins öffentliche Leben ein, wo immer ihre Kräfte dazu ausreichten. Zu den führenden Köpfen zählten Männer, die in Politik und Wissenschaft, in Verwaltung und Rechtspflege deutliche Spuren hinterlassen sollten — in der ersten Zeit Erich Lohner, Urs Dietschi, Hans Huber und Ludwig Rittmeyer, die Verfasser eines jungliberalen Entwurfs für eine neue Bundesverfassung, in späteren Jahren Alfred Schaller, Alcardo Pini, Max Holzer oder Alfred Borel. In der Geschäftsleitung des schweizerischen Freisinns war die Bewegung nie vertreten. Dagegen erhielt sie 1933 10 Sitze im Zentralvorstand, die sie, genau wie alle Querverbindungen zu kantonalen oder städtischen Parteien im Sinne einer freien Arbeits- und Kampfgemeinschaft ausnützten.

### Anderes Lebensgefühl

Mit dem Werkzeug der Historie und Soziologie, aber vor allem mit einem ausnehmend gründlichen Studium mündlicher und schriftlicher Quellen hat Alfred J. Gebert «Die Jungliberale Bewegung der Schweiz 1928—1938» in einer umfangreichen Schrift dargestellt.

Deutlich wird bei der Lektüre vor allem, dass die Bewegung (JBS) unsere Politik mit einem andern Lebensgefühl erfüllen wollte, mit dem Geist der Kameradschaft. Gleich klar tritt zutage, dass sie die Institutionen von Bund und Kantonen so ernst nahm, dass sie nicht anders konnte, als trotz den widrigen Zeitumständen unablässig für eine Totalrevision der Bundesverfassung zu kämpfen. Wirtschafts- und sozialpolitisch stand sie etwas links vom Freisinn, hinsichtlich der direkten Demokratie auf Bundesebene etwas mehr rechts, ohne doch den freiheitlich-föderalistischen Rechtsstaat preiszugeben.

### Kurzlebige Fronten und Bünde

Genau diese Preisgabe leisteten sich die kurzlebigen Fronten und Bünde aus den frühen dreissiger

Jahren, so dass die JBS ihnen in scharfer Kritik entgegentrat. Aber zwei unter diesen Gegnern eigneten sich die Parole der Totalrevision an, ohne nur die bescheidenste sachliche Vorarbeit geleistet zu

haben. Ihr Volksbegehren kam zustande, während eine jungliberale Initiative 1934 nicht genug Unterschriften auf sich vereinigte. Der schweizerische Freisinn lehnte beide ab und stiess beim Souverän auf Gegenliebe. Die JBS gab die Ja-Parole aus, wenn auch auf Grund eines vollständig andern Sachprogramms als die Frontisten.

Wie aus Geberts Darstellung hervorgeht, liessen die Jungliberalen sich durch diesen Misserfolg nicht entmutigen. Zahlreich und leidenschaftlich bewegt waren in den folgenden Jahren die Zusammenkünfte, in denen sie Parolen zu den Tages- und Grundsatzfragen vorbereiteten. Manche unter diesen Losungen klingen noch heute erstaunlich aktuell, und viele wichtige harren nach wie vor der Verwirklichung.

### FDP-Fraktion fordert Ausgleich der Kalten Progression

## Bundesfinanzsanierung auf dem Rücken des Mittelstandes?

Keinen Erfolg hatte bis anhin die FDP-Fraktion der Bundesversammlung mit ihrem Begehren auf Ausgleich der Kalten Progression. Sie hat deshalb beschlossen, dieses Postulat in Motionsform zu stellen. Nationalrat Raoul Kohler, Biel, begründet den Vorstoss wie folgt:

Art. 41<sup>ter</sup> Abs. 5 lit. c der Bundesverfassung lautet: «Die Folgen der Kalten Progression für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen sind periodisch auszugleichen.» Im Rahmen der geltenden Bundesfinanzordnung wurde diesem 1971 angenommenen Verfassungsartikel nur teilweise nachgekommen: Für die 17. Periode (1973/74) erfolgte ein vollständiger Ausgleich der Folgen der Kalten Progression, für die folgende Periode noch ein teilweiser und seither überhaupt kein Ausgleich mehr.

Durch diesen Verzicht auf einen Ausgleich gelangt der Bund zu jährlichen Mehreinnahmen in der Grössenordnung von 800 Mio. Franken, die als solche nie beschlossen worden sind. Der Fiskus fordert damit vom Steuerzahler mehr an Abgaben, als ihm nach dem Willen des Gesetzgebers zustehen würde. De facto handelt es sich also um eine kontinuierliche Steuererhöhung. Selbst die neue Bundesfinanzordnung bringt lediglich einen minimalen Ausgleich.

### Progressionsskala verzerrt

Das Ausmass der realen Mehrbe-

lastung durch die Kalte Progression hängt von verschiedenen Faktoren ab: einerseits von Höhe und Dauer der Inflation und andererseits von der Ausgestaltung des progressiven Teils in den Belastungskurven der einzelnen Steuern. Dazu kommt, dass die Kalte Progression die unteren Einkommensschichten relativ hart trifft und dass vor allem der Mittelstand zu ihren Hauptopfern zählt.

Durch die Verzerrung der ursprünglich vom Gesetzgeber festgesetzten Progressionsskala werden bisher nicht steuerpflichtige Personen mit niedrigen Einkommen ohne Erhöhung der Abzüge steuerpflichtig (wenn auch frankemässig geringfügig). Zudem rutschen die mittleren Einkommen auf der Progressionsskala massiv aufwärts; sie werden denn auch am stärksten betroffen. Sehr hohe Einkommen wiederum sind weniger tangiert, da sie bereits vorher dem höchsten Progressionssatz unterlagen. Mit dem Verzicht auf den Ausgleich der Kalten Progression werden die vertikale Steuergerechtigkeit unterhöhlt und Einkommensumverteilungseffekte ausgelöst.

### Verfassungsauftrag nicht oder nur unzulänglich erfüllt

Der Vorwurf lässt sich nicht ausräumen, dass in den letzten zehn Jahren dem Verfassungsauftrag nicht oder nur unzulänglich und fragmentarisch nachgekommen wurde. Obwohl der Wehrsteuerartikel in der Bundesverfassung unmissverständlich ist, sind weder Bundesrat noch Parlament bisher der ihnen von Volk und Ständen auferlegten Verpflichtung nachgekommen. Die Verfassungsbestimmung enthält zudem keine politische Verhandlungsmarge und ist deshalb auch nicht kompromissfähig. Vielmehr erteilt sie einen unzweideutigen Auftrag, der bisher nicht erfüllt wurde, weshalb die Frage der Rechtsstaatlichkeit gestellt werden muss. Es erhöht die Glaubwürdigkeit von Landesregierung und Parlament nicht, wenn diese ihnen übertragene Aufgaben nicht oder nur teilweise erfüllen, auch wenn zugestanden werden muss, dass der Wille zum Ausgleich der Folgen der Kalten Progression in den beiden verworfenen Mehrwertsteuervorlagen seinen Niederschlag fand. Die beiden Volks-Nein dürfen aber nicht als Absage an den Ausgleich der Kalten Progression interpretiert werden.

### Kantone werden benachteiligt

Im weiteren sind die Kantone in ungleich stärkerem Masse auf die direkte Einkommenssteuer angewiesen als der Bund. Durch die Kalte Progression wird das schon jetzt unbefriedigende Konkurrenzverhältnis verstärkt. Auch das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern wird bei einem Verzicht auf den Ausgleich der Folgen der Kalten Progression in dem Sinne negativ beeinflusst, als sich die Steuerbelastung immer mehr auf die direkte Steuer konzentriert.

Es ist nicht erstaunlich, dass das Aergernis der Kalten Progression bei einer steigenden Inflationsrate zunimmt. Mit einem weiteren Verzicht auf den Ausgleich würde der Bund ins Zwielicht des grössten Inflationsgewinners geraten, obwohl es eigentlich seine Aufgabe wäre, die Inflation zu bekämpfen. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine notwendige Verbesserung des steuerpolitischen Klimas muss der Ausgleich der Folgen der Kalten Progression eine befriedigende Regelung erfahren. Deshalb hat die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung eine Motion eingereicht, die den Ausgleich der Kalten Progression fordert.

### Weil es wirtschaftlich notwendige Informationen gibt, ist die Schweizerische Handelszeitung eine wirtschaftliche Notwendigkeit

- Ich bestelle die SHZ für 1 Jahr (52 Nummern Fr. 92.—, Ausland Fr. 104.—)
- Lassen Sie mich die SHZ kostenlos und unverbindlich während 2 Monaten kennenlernen.
- Gewünschtes bitte ankreuzen

Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Einsenden an FDP  
Schweizerische Handelszeitung  
Postfach, 8027 Zürich

SCHWEIZERISCHE  
**Handelszeitung**

## Jubiläumsschrift der FDP



Anlässlich seines 150jährigen Bestehens hat der Solothurner Freisinn ein historisches Buch herausgegeben. Dr. Karl H. Flatt umreist in einem 400seitigen Werk die schweizerische und kantonale Geschichte bis in die Gegenwart. In einer separaten parteipolitische und kantonale Geschichte bis in die Gegenwart. In einer separaten parteipolitische und kantonale Geschichte bis in die Gegenwart. In einer separaten parteipolitische und kantonale Geschichte bis in die Gegenwart.

Bestelltalon: Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
Strasse: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_  
Mitglied der Ortspartei: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

FDP-Delegiertenrat und freisinnige Regierungsräte begrüssen Bericht «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat»

## Verhängnisvollen Trend brechen

Positive Aufnahme fand der Vorentwurf eines Schlussberichts einer Arbeitsgruppe der FDP zur Konkretisierung der Wahlaussage «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» im Delegiertenrat der Partei, zu dessen Sitzung auch die freisinnigen Regierungsräte eingeladen worden waren.

Nachdem diese Forderung ein überaus grosses Echo fand und zur dominierenden Leitlinie der Nationalratswahlen 1979 wurde, erteilte die Geschäftsleitung der Partei einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Kantonsrat Dr. Eric Honegger (Rüschlikon) den Auftrag, konkrete Anträge und Empfehlungen auszuarbeiten.

In einer von Wahlen unbelasteten Zeit wurde die Aussage vertiefter angegangen und nach Möglichkeiten gesucht, wie die erfolgreiche Wahlparole in die praktische Politik umgesetzt werden kann. Der nun vorliegende Entwurf ist noch redaktionell und in seiner Systematik zu überarbeiten. Er wird nach seiner Bereinigung der Öffentlichkeit vorgestellt. Bereits sind parlamentarische Vorstösse auf den Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde

eingereicht worden, die zur Realisierung von Teilgebieten der Zielsetzungen des Berichtes beitragen sollen.

Mit ihrer Aussage wenden sich die Freisinnigen nicht von dem Staat ab, den ihre politischen Vorfahren begründet und den sie selber wesentlich mitgestaltet haben. Sie verleugnen auch nicht die sozialen Errungenschaften des modernen Staates, an dessen Verwirklichung die von der FDP verfochtene freie und soziale Marktwirtschaft wesentliche Verdienste hat. Mit ihrer Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» zielen die Freisinnigen auf die Zukunft, und es geht ihnen primär darum, einen verhängnisvollen Trend, der sich in den letzten Jahren zunehmend breitgemacht hat, zu brechen und gleichzeitig der Quantität die Qualität vorzuziehen.

## Das ideale Geschenk für Politiker und Nicht-Politiker



60 JAHRE  
EIDGENÖSSISCHE  
POLITIK

Ein Beitrag zur  
Parteigeschichte  
des Schweizerischen  
Freisinns

von Dr. Eugen Dietschi  
alt Ständerat, Basel

Ueber die Geschichte der schweizerischen Parteien liegen relativ wenige Dokumentationen vor. Ein Mangel, der schon verschiedentlich bedauert wurde. Als erste Partei kann die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) eine ausführliche Parteigeschichte bis zur Gegenwart präsentieren: Nachdem der langjährige Generalsekretär, Dr. Ernst Steinmann, 1955 seine «Geschichte des schweizerischen Freisinns» veröffentlichte, legt nun alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi den zweiten Teil der Parteigeschichte ab 1919 vor. Im Untertitel nennt der Verfasser sein Buch einen «Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns». In Wirklichkeit ist es eine auf gründlicher Quellenforschung und zum grössten Teil eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der ereignisreichen Jahrzehnte.

Wir verfügen noch über einige vom Autor signierte Werke.

Ich bestelle ... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preis von je Fr. 38.— inkl. Porto und Verpackung

Ich wünsche  
 signiert (solange Vorrat)  
 nicht signiert

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Generalsekretariat,  
Postfach 2642, 3001 Bern

## Ja zur Abrüstung, aber nicht einseitig

Stellungnahme der Geschäftsleitung

Beunruhigt über die nun auch auf die Schweiz übergreifenden pazifistischen Strömungen, die sich einseitig gegen die westliche Abwehrbereitschaft und gegen die schweizerische Landesverteidigung richten, ist die Geschäftsleitung der FDP. Sie nimmt damit zu den jüngsten Friedensmärschen und Unterschriften-sammlungen sowie zur Aktion «Frauen für den Frieden» Stellung. Das Gremium erachtet die Erarbeitung umfassender und solider Grundlagen für die Wahrung des Friedens als wichtige politische Aufgabe. Es hat sich stets und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Schweiz im Rahmen ihrer Mög-

lichkeiten an diesen Bemühungen mitwirkt, doch wendet es sich gegen eine einseitige Betrachtungsweise.

Eine Reduktion der Rüstung ist zwar mit allen Mitteln anzustreben, doch ein Alleingang des Westens oder auch der Schweiz wäre ein falscher und gefährlicher Weg. Dieser würde militärische Uebergriffe geradezu herausfordern und dient daher nicht dem Frieden, sondern erhöht im Gegenteil das Kriegsrisiko. Die Schweiz ist in der gegenwärtigen Lage gezwungen, eine wirksame und glaubwürdige Landesverteidigung aufrechtzuerhalten.

Die militärische Bedrohung geht primär von der seit Jahren anhaltenden massiven und andauernden Aufrüstung der Sowjetunion aus. Dies hat zu einer rüstungstechnischen Ueberlegen-

heit des Warschauer Paktes geführt. Die Sowjetunion setzt ihre Militärmacht bereits heute direkt in Afghanistan sowie in weiteren Staaten der Dritten Welt ein und benützt sie in Polen und andern Ländern des Ostblocks zur Ausübung politischen Drucks.

Die FDP erinnert die Initiatoren und Unterstützer pazifistischer Aktionen daran, dass sie ihre Tätigkeit in der Schweiz und in den andern westlichen Staaten nur dank der hier respektierten Meinungsfreiheit und der Gewährleistungen der weiteren Freiheitsrechte ausüben können. Dies im Gegensatz zur Situation in der Sowjetunion, die sie mit ihrer Tätigkeit indirekt unterstützen, wo die Freiheitsrechte nicht gewährleistet und ähnliche Aktionen verboten sind.



Über dreissig Seminarteilnehmer an einem Wochentagabend! Dies beweist das Interesse an solchen Veranstaltungen, die ja nicht dem Vergnügen dienen ...

Mit Tagungen Wahlen vorbereiten

## Zur Nachahmung empfohlen

An zahlreichen Orten stehen die Gemeinde- und Kantonsratswahlen vor der Tür. Damit die FDP dabei gut abschneiden wird, bereiten sich gegenwärtig verschiedenste Kantonalparteien und Bezirks- und Ortssektionen durch Schulung ihrer Kader auf dieses Ereignis vor. Rudolf Bolleter, Zollikon, berichtet über ein Seminar der FDP des Bezirks Horgen zum Thema Mitgliederwerbung:

Eine Wahlkampagne bietet in der Gemeinde eine ideale Voraussetzung dazu, wieder vermehrt mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ins Gespräch zu kommen, politische Standpunkte klarzumachen und die FDP vermehrt als auch in der Gemeindepolitik tragende Kraft zu profilieren.

### Zurück zum Wähler

Die Zeiten sind heute vorbei, wo Politik hinter verschlossenen Türen im Sitzungszimmer eines Gasthauses gemacht wird. Oder wo Wahlwerbung in Form einiger weniger Kleininserate mit Kandidatenbildchen in der Lokal- oder Regionalzeitung stattfindet. Das in den letzten Nationalratswahlen so erfolgreiche FDP-Motto «Zurück zum Wähler» wird umgesetzt in überzeugende Einzelgespräche am Arbeitsort, beim Hausbesuch, auf der Strasse. Und bei der Konzeption und Durchführung der Werbemassnahmen — von der Gestaltung eines Flugblatts über Inserate, Plakate, Informationsstand bis hin zur Auswahl von Adressen für individuelle Kontaktbriefe und persönlicher Nachbearbeitung — braucht es heute die (ehrenamtliche) Mitwirkung von Fachleuten aus den eigenen Reihen.

In den Räumen der BASF (Schweiz) AG in Wädenswil-Au liessen sich über dreissig Mitglieder von Propagandakommissionen der FDP-Ortsgruppen des Bezirks Horgen für gute Öffentlichkeitsarbeit schulen und begeistern. Anhand von drei «gespielten» Szenen der Mitgliederwerbung (Videoaufzeichnung über Fernsehgerät) wurden die kleinen Sünden bei der Anwerbung von potentiellen Neumitgliedern, aber auch ein Beispiel «Wie's gemacht

werden soll» anschaulich gezeigt und kommentiert. Ferner demonstrierten zwei Kommunikationsfachleute die Grundlagen für erfolgreiche PR- und Werbearbeit in Planung, Ideen, Budgetierung und Durchführung.

### Nützlich und motivierend

Dieses Seminar hat deutlich gezeigt, dass Schulung der Verantwortlichen innerhalb der FDP-Ortsgruppen nützlich und sehr motivierend sein kann. Vor allem dann, wenn dies nicht trocken und dozierend, sondern mit Tips aus der Praxis gespickt und mit neuen Ideen gewürzt serviert wird. Jedenfalls sass man nach dem erfolgreichen Schulungsabend noch zusammen, um im geselligen Rahmen konkrete Strategien und Taktiken zu schmieden.

Der FDP des Bezirkes Horgen ist für die gezeigte Initiative zu gratulieren, das Beispiel sollte

Schule machen und kann zur Nachahmung wärmstens empfohlen werden. Die FDP der Schweiz wie auch die Sekretariate der Kantonalparteien stehen für Auskünfte und Anregungen gerne zur Verfügung.

«Erfolgreiche Werbung spricht vom Du, nicht vom ich.» Und sie erfolgt auf Grund konkreter Zielvorstellungen. Philippe Rogivue (Kilchberg) zeigte mit Tips aus der Praxis, wie es gemacht wird.

## Leserbriefe

### Unterwerfungs-«Frieden» und osteuropäische Wirtschaftskrisen

Wie würde sich eine «Friedens»-Politik der Sowjetunion auf Grund ihrer militärischen Ueberlegenheit eine Diktaturpolitik gegenüber Westeuropa und den europäischen Neutralen erlauben würde, in Verbindung mit den bekannten Krisen des osteuropäischen Wirtschaftssystems auswirken? Es dürfte sich lohnen, diese Frage in die Diskussion mit den Anhängern einseitigen Rüstungsverzichts einzubringen.

Die Sowjetführung müsste — unter innen- und paktpolitischen Zwängen — einen wirtschaftlichen Mittelabfluss aus Westeuropa nach Osteuropa anstreben. Entsprechende Forderungen könnten z. B. nisch sogar unter dem Titel von «Entschuldigungsleistungen» für der osteuropäischen Wirtschaft früher angeblich aufgezwungene Rüstungsanstrengungen erhoben werden. Als Methoden der Ausbeutung käme nebst direktem Zwang der westeuropäischen Industrie, für den Osten zu produzieren und unter den Gesteuerungskosten zu liefern, auch die Behinderung der überseeischen Handelsbeziehungen Westeuropas in Betracht, um die Absatzchancen der osteuropäischen Produktion ausserhalb des europäischen Kontinents zu verbessern.

Die Nachteile einer solchen Entwicklung sind nicht nur im Sozialgefüge der westeuropäischen Länder, im individuellen Wohlergehen ihrer Bürger zu erwarten; gerade linksgerichtete Idealisten dürfte es nicht gleichgültig lassen, dass auch die von ihnen angestrebte Förderung einer Umverteilung in der Nord-Süd-Richtung hinter der neuen Priorität der West-Ost-Richtung zurückzutreten hätte — dafür spricht nicht zuletzt der Verzicht des Ostblocks auf nennenswerte wirtschaftliche Entwicklungshilfe an die Dritte Welt, den wir heute schon feststellen.

Ulrich E. Gut, Staffa

BANK JULIUS BÄR  
ZÜRICH

&

mexico

Bank Julius Bär & Co. Ltd.  
Paseo de la Reforma 444-801, México 6, D.F.